

# Hallische Zeitung

Abonnement-Preis pro Quartal 3 Mark. Die Hallische Zeitung erscheint wöchentlich in sechs Ausgaben, wovon mittags 11 Uhr, in zweiter Ausgabe Nachm. 3/4 Uhr.

Insertionsgebühren für die halbjährliche Seite oder deren Raum 18. Für die halbjährliche Seite oder deren Raum 12. Reg.-Bez. Merseburg. Recorren an der Spitze des Inseratenbeils pro Zeile 40 Pf.

vorm. im G. Schwelshke'schen Verlage. (Hallischer Courier.)

N 194. Verlag der Actien-Gesellschaft Hallische Zeitung.

Halle, Mittwoch, 20. August.

Verantwortl. Redacteur: Professor Dr. O. Gerhardt.

1884.

## Hollischer Tagesbericht. Deutsches Reich.

Wenn sich die von den Mandatexpolitern empfohlene Taktik des Gehens und Geschehenlassens in irgend einem Falle als durchaus unwirksam, ja als höchstbedenklich herausgestellt hat, so gilt dies, wie jetzt kaum noch angezweifelt werden dürfte, in Bezug auf die Vertreibung des jüdischen Volkes, welche als Kommunismus, Nihilismus, Anarchismus ihre Kräfte durch die Naturkatastrophen und Völker beider Hemisphären angetrieben hat. Zwar sorgten die Apostel und Hülfshüter der auf Verwirklichung der „Ordnungshüter“, d. h. der bestehenden politischen, religiösen, moralischen und wirtschaftlichen Organisation der menschlichen Gesellschaft, ausgehenden Bewegung durch ihr maßhaltiges Verhalten wenigstens dafür, daß den großen Monarchien des europäischen Kontinents frühzeitig die Erkenntnis der furchtbaren Gefahr zum Bewußtsein gebracht wurde, womit die Einrichtung von Präventiv- und Repressionsregeln, in so weit dies unter den obwaltenden Verhältnissen ohne thörichte War, Hand in Hand ging; zum Betreten des wirksamsten Weges der Abhilfe, mittelst internationaler Bekämpfung des internationalen Uebels aber kam es, aus bekannnten Hinderungsgründen, nicht. England, welches i. Z. das politische Mächteverhältnis anging, als die Sicherung Europas gegen die mit den raffiniertesten Hilfsmitteln der modernen Festigungslehre ausgerüsteten Ulanenkorps und Massenmörder, hat seine damalige Parteipolitik für die Umwälzungslinie mittlerweile schwer büßen, und es insbesondere erleben müssen, daß seine nach Washington wegen der Umtriebe des Dynamitbundes der amerikanischen Freigedankten Vorstellungen mit denselben Argumenten widerlegt wurden, die man in London geltend machte, als förmliche Kabinets Beschlüsse gemeinsame Vorentscheidungen gegen die gemeinsame Gefahr in Anregung brachten. Dasselbe bedauerliche und einträchtigerer muß die Werbung des Telegraphen von der jenseitigen erfolgten Verhaktung, dreier deutscher Sozialisten wirteln, welche sich bald als Verherrlicher des Schufals Stellmacher und als Förderer des sozialen Unfortunes aufstellten. Man darf in dieser Hinsicht die transatlantischen Behörden ein Symptom dafür erblicken, daß auch drüben die Einsicht in den gemeingefährlichen Charakter der anarchischen Bewegung zum Durchbruch gekommen ist, und ihre Wirkung auf die beziehungsweise Politik der Vereinigten Staaten nicht verfehlen wird.

Die wiederholten Schlägerische Angelegenheit erweist unter einem ganz neuen Lichte, wenn man berücksichtigt, daß der Reporter des Hamburger Blattes Herr von Schöler nicht nur persönlich feindselig gegen ihn ist, weil dieser ihm Nachrichten, um die er bat, vorzwehlt, sondern auch zu den politischen Gegnern des Gefandten zählt. Der Berichterstatter hat zweifellos Fälschung mit den Zeitungen, und es kommt ihm darauf an, zwischen Herrn von Schöler und dem päpstlichen Stuhle Mißtrauen zu erzeugen, weil die jehuitischen Intransigenten dessen bedürfen und sie an Stelle des Herrn von Schöler lieber einen preussischen Gefandten haben würden, der den ultramontanen Wünschen von Hause aus geneigter und zugänglicher wäre. Soviel ist einleuchtend, daß ein Freund des Herrn von Schöler und der von diesem vertretenen Politik die Äußerungen desselben, wenn sie wirklich unter der Augen gefallen wären, nicht an die große Glocke gehängt haben würde. Daß dies dennoch geschehen, läßt darauf schließen, daß jener Korrespondent ein Gegner nicht nur des Gefandten selbst, sondern auch der Politik seiner Regierung und es kein Interesse ist, Verwirrungen hervorgerufen und vorhanden zu verschärfen.

Diese Vermutung wird zu einer sehr wahrscheinlichem, wenn die Berichterstattung übereinstimmt, wie die R. A. Ztg. sagt, eine ungenaue war. Die Verhaktung einiger Ausdrücke, eine Verhaktung des Gegenstandes derselben, indem da, wo von der jehuitischen Presse, beispielsweise der „Germania“ die Rede war, die Wendung einmüßelt wird, „als sei die päpstliche Regierung, der Papst selbst gemeint, und dergleichen Nachhüllen dürfen ohne Zweifel auf dem Elaborat, welches der Berichterstatter des „Hamb. Corr.“ geliefert hat, verhandelt worden sein. Es ist sehr leicht, mit einigen Drückern und Steigerungen jede unverständliche Äußerung, die ohne Zeugen gesprochen ist, nach Bedürfnis zuzufügen, und wenn hier die Thatsache der Veröffentlichung selbst, die Tonart derselben und der Lärm, der davon geschlagen wird, den sicheren Beweis liefern, daß der Berichterstatter zu den persönlichen und politischen Gegnern Herrn von Schöler's und seiner Regierung, vielleicht auch nur zu den Korrespondenten gehört, welche für Verhaktung des Intransigenten Jehuitismus arbeiten, so wird auch die Bemerkung der Ungenauigkeit, Uebertreibung und Entstellung zur Gewissheit.

Die Hauptverwaltung der Staatsschulden hatte in der Ausführung des Gesetzes über das Staatsschuldbuch betreffende Bekanntmachung vom 30. v. Mts. eine weitere Veröffentlichung über den Beginn und die Formen des Gehaltsvertrages mit dem Staatsschuldbuch in Aussicht gestellt. Wie der Justizminister nun den Justizbehörden mittelst, wird diese Veröffentlichung unter dem Titel: „Mitliche Nachrichten über das Preussische Staatsschuldbuch“ in einer besonderen, im Buchhandel zu niedrigen Preise zu beziehenden Druckchrift erfolgen. Um im Interesse der Beteiligten dieser Druckchrift eine

möglichst weite Verbreitung zu geben, ist die Hauptverwaltung der Staatsschulden bereit, jeder preussischen Gerichtsbehörde ein Exemplar direkt oder durch Vermittlung der Landgerichtspräsidenten zugehen zu lassen.

Die Gründung eines Vereins gegen die Bucherfunde müssen wir — angeführt der kürzlich mitgetheilten haarsträubenden Thatsachen, welche der vor dem Landgericht zu Karlsruhe gegen den jüdischen Schantwirth Hirsch Hausmann geführte Bucherprozeß zutage gefördert hat, für ein sehr geistreiches Unternehmen halten. Hirsch Hausmann, der trotz des erwiderten Beweismaterials bis zuletzt den gekränkten Ehrenmann zu spielen suchte, wurde, wie wir erzahlten, zu sechsjährigem Gefängnis und mehrjährigem Verlust der Ehrenrechte verurtheilt. Dieser handliche Prozeß giebt nämlich der „Vadischen Landespost“ Veranlassung, die Frage zu erörtern: „Was können Staat und Volksthun, um solcher Bucherfunde wirksam zu begegnen, da es täglich klarer wird, daß das Bucherfunde allein dazu nicht ausreicht?“ Das conservative Blatt bemerkt dabei u. a.:

Wir glauben, es giebt ein Mittel zur Abhilfe, und dieses Mittel beruht darin, den Bauernstand im großen Ganzen aufzuwecken, seine Feindes zu nennen, von Ort zu Ort Spatz zu machen auf seine Verhältnisse, die sie bedrohen zu übersehen. Die Aufklärung wird in unsern Schichten werden, als der Bauer aus Scham vor seinem Nachbar, aus Furcht vor seinem Feinde sich zu offenbaren verweigert; aber die Furcht, welche in der erwähnten Gerichtsverhandlung überwiegt, daß einzelne der armen Luter kaum wagen, gegen ihren „Geldherrn“ als Verleumdungen aufzutreten, muß gebrochen, die sauberen Worte müssen edel und unerschütterlich gemacht werden. Wäre man also einen Verein gegen die Bucherfunde, lade man Mittel und Wege, das Vertrauen des Bauern zu gewinnen und ihn anzuregen zu machen, sein Oera auszuföhnen! Es wird und muß werden, und was der Mann nicht sagt, wird die Frau sagen, und was die Frau nicht sagt, werden die Kinder plaudern! Stelle man ihm die nötige juristische Unterfützung zur Verfügung, so will man Beiträge zu diesem Zwecke, lie werden willig und reichlich fließen und die Welt wird, trotz Genues, Wunderdinge erleben: Also folge man unserm Vorschlage, vereinige man sich zur Zeit mit einem anderen, nämlich der „Vadischen Landespost“ Dieser Bestenke aller deutschen Volkstörper durch energische Mittel entgegenzutreten halten wir für eine der ersten Pflichten unserer Staatslenker.

Aus Baden verlautet, daß der badische Gesandte in Berlin und Bevollmächtigte zum Bundesrath, Herr von Marschall, den Wunsch geäußert habe, von seinem Berliner Kollegen entbunden zu werden. Herr von Marschall gehörte als Reichstagsabgeordneter bekanntlich der deutsch-konservativen Fraktion an, während das badische Ministerium aus Vertretern der nationalliberalen Richtung besteht. Man will nun wissen, daß Herr von Marschall in wichtigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fragen sich nicht in williger Uebereinstimmung mit den nationalliberalen Karlsruhe leitenden Kreisen fähle.

Der Vorstand des „Deutschen Buchdrucker-Vereins“ — Vorsitzender Dr. Eduard Brochhaus in Leipzig — hat an sämtliche Besitzer von Buchdruckereien und damit verbundenen Gewerbe-Betrieben in Deutschland an die Anstreben gerichtet, um auf diesem Wege die erforderliche Unterfützung zu einem Antrage auf Einberufung einer Generalversammlung durch das Reichs-Versicherungsamt herbeizuföhren. Es handelt sich dabei um die Bildung einer „Vernügensgenossenschaft“ für das deutsche Buchdrucker-Gewerbe und die damit verbundene Gewerbe-Versicherung zum Zwecke der Unfallversicherung der Arbeiter, am Grund des § 13 Abs. 2 des Unfallversicherungsgesetzes vom 6. Juli 1884.

**Ungarn.** Von „bedenkenswerther“ Seite wird der „Polit. C.“ aus Pest geschrieben, daß anlässlich der Audienz des ungarischen Ministerpräsidenten Tisza bei dem Kaiser Franz Josef und dem Kaiser Wilhelm die auswärtige Politik „nur in geringem Maße“ freigestellt worden sei. Es seien lediglich laufende Angelegenheiten, welche zwischen v. Tisza und dem österreichischen Kaiser erörtert worden seien und mit einer Aufwartung bei dem deutschen Kaiser habe der Ministerpräsident nur einen Akt der Courtoisie erfüllt. „Daß Herr v. Tisza dem deutschen Kaiser, der ihn in besonders auszeichnender Weise empfing, über manche Punkte die begehrten Aufklärungen erteilte, ist sehr begrifflich.“ Alle weitergehenden Verhandlungsversuche, welche die Unterredung in irgend einer Richtung den Anstoß zu Entscheidungen befehlen wollten, erloschen bei der Begründung. — Der deutsche Hof-Geheime Rath Reuß und der chinesische Gesandte Li-Fong-Pao haben sich zusammen am Sonnabend Abend aus Stettin nach Berlin begeben. — Die Polizei von Triest hat in den letzten Tagen politische Verhaftungen vorgenommen.

Während Graf Kalnoth in Barzin war, fand in Krakau ein Verbrüderungsfest zwischen Polen und Cechen statt, zu welchem am Sonnabend ungefähr 1500 Cechen aus Böhmen und Mähren in Krakau eingetroffen waren. Dem Zuge hatten sich nur zwei czechische Reichsrathsabgeordnete angeschlossen, Tonner (Alteceche) und Sewera (Jungeceche); beide waren Gäste des Grafen Potoki. Die offizielle Begrüßung fand im Rathsaussaale statt und brachte begeisterte Reden. Tonner sagte in polnischer Sprache unter Anderm: „Wir sind gekommen, um unsere Häupter zu vereinigen vor der Ehrwürdigkeit dieser heiligen Königin, uns gegenwärtig im Unglücke zu trösten und Euch zu beglückwünschen zur nationalen

Arbeit, die wohl zu den ersten Zielen führen wird.“ Zu seiner Antwort wies der Bürgermeister von Krakau darauf hin, daß die Städte, wo die Gräber der politischen Könige liegen, für beide Nationen der geeignete Ort wäre, sich die Hände zum ewigen Bunde zu reichen. Er war ein Feind der Polen und Cechen, Desterreicher sah man nicht, von Desterreich sprach man nicht.

**Schweiz.** Betreffs der lateinischen Münzkonvention schreibt die „Neue Züricher Zeitung“: Am 28. October tritt bekanntlich in Paris die lateinische Münzkonferenz zusammen, um über die Modifikationen zu beraten, denen die lateinische Münzkonvention zu unterziehen ist, sofern dieselbe überhaupt fortzuziehen soll. Laut den vom „Journal des Debats“ eingezogenen Erörterungen seien die Hauptmodifikationen einer Erneuerung des Vertragsverhältnisses unter der Bedingung geneigt, daß die Silberverfälschung nicht vermehrt werde und jeder Staat sich auf den Zeitpunkt der Auflösung der Union verpflichte, das von ihm ausgehende Silbergeld gegen Gold oder Wechsel zurückzuführen. Als Maßstab werden in Aussicht genommen die absolut gleiche Veranbarung von Gold und Silber in sämtlichen Unionstaaten und die Lösung der Verhältnisse der Münzpräparatoren. Das Münzgesetz einer Erneuerung des Vertragsverhältnisses unter der Bedingung geneigt, daß die Silberverfälschung nicht vermehrt werde und jeder Staat sich auf den Zeitpunkt der Auflösung der Union verpflichte, das von ihm ausgehende Silbergeld gegen Gold oder Wechsel zurückzuführen. Als Maßstab werden in Aussicht genommen die absolut gleiche Veranbarung von Gold und Silber in sämtlichen Unionstaaten und die Lösung der Verhältnisse der Münzpräparatoren. Das Münzgesetz einer Erneuerung des Vertragsverhältnisses unter der Bedingung geneigt, daß die Silberverfälschung nicht vermehrt werde und jeder Staat sich auf den Zeitpunkt der Auflösung der Union verpflichte, das von ihm ausgehende Silbergeld gegen Gold oder Wechsel zurückzuführen. Als Maßstab werden in Aussicht genommen die absolut gleiche Veranbarung von Gold und Silber in sämtlichen Unionstaaten und die Lösung der Verhältnisse der Münzpräparatoren.

Welche Stellung die Schweiz zu allen einzelnen, auf der Münzkonferenz zur Verhandlung gelangenden Fragen einnehmen wird, ist momentan noch nicht völlig klar. Die in der Schweizlichen Delegationen zu ertheilenden Instruktionen dürften theilweise von den Beratungen einer Subkommission abhängen, welche vornehmlich im September oder October unter der Vorherrschaft des Ochs des Finanzdepartements in Bern tagen wird.

Gewiß ist aber heute schon, daß sich die Schweiz mit einer ablehnenden Haltung jeglicher Veranbarung von Silber nicht einverstanden durch die Ausmünzung größerer Quantitäten von Zwanzigcentstücken zu haben würde. Die letztere Münzsorte ist jetzt noch nicht in genügenden Quantitäten vorhanden und könnte im inländischen Verkehr zum Theil wohl das Halbrantentstück ersetzen. Dem inländischen Mangel an Eisen- und Zinncentstücken aber läßt sich auf solche Weise nicht begegnen, und es bleibt darum die Schweiz geneigt, einwache Erhaltung ihrer bisherigen Verträge von Silberbehörden zu verlangen. Vollkommen einverstanden können wir uns dagegen mit dem Vorschlage erklären, daß die Veranbarung der silbernen Finanzcentstücke bestimmt für den ersten Republik, die letztere Münzsorte in Veranbarung zu ziehen, oder nicht alle Finanzcentstücke, welche unter ein festbestimmtes Minimum gebracht herabgemindert oder vor 1868 geprägt worden sind, rückzurufen seien. Es würden nachher in den Unionstaaten Finanzcentstücke, welche letztere Hälfte mit miträthlichen Werten betrachtet würden. Freilich ist zu befürchten, daß besonders Frankreich einer derartigen Maßnahme Widerstand entgegenzusetzen würde, da die abgeriffenen Centstücke des Gebirgs der ersten Republik, die unter Napoleon I., Ludwig XVIII. und Karl X. geprägt, einmal mehr sich aber auch Frankreich dazu entschließen müssen, die letzten Münzen, die letzten bis neunzig Jahre zurück, einzuziehen.

**Frankreich.** Die „Times“-Nachricht von der erfolgten Kriegserklärung Chinas an Frankreich erweist sich nach den heute vorliegenden Informationen als durchaus jenseitig. China verhandelt weiter und soll neuerdings bei den Mächten um Vermittlung in dem Konflikte mit Frankreich nachgehelt haben. Jedenfalls kann die Situation in ihrer jetzigen Gestalt auf die Dauer nicht verbleiben; es stehen in Ostasien zu viele und zu wichtige Interessen auf dem Spiele, die durch den Zustand der Ungewißheit arg geschädigt werden und eine endgültige Entscheidung der Kriegs- und Friedensfrage gebieterisch erfordern. Wenn bei den Chinesen kriegerische Belustigungen vorhanden sein mögen, so dürfen sie doch aus den Ereignissen der letzten Zeit kaum sonderliche Ermuthigung schöpfen haben. Zules Zerstörung entschlossene Haltung ist nicht im Einklang mit dem Willen Frankreichs, die Ordnung der Welt zu erhalten. Die Gewissung, daß die Zeitungen nicht leicht, daß die ausländischen Parteien mit den Zielen der ministeriellen Außenpolitik einverstanden sind und der Regierung ihre Unterfützung bei Weiterführung der ostasiatischen Aktion nicht vorzwehnen werden. In Anm macht der französische Einfluß bedenkliche Fortschritte, was eine entsprechende Verhaktung der ostasiatischen Position Frankreichs im Allgemeinen mit sich bringt. Wenn die chinesische Kriegspartei Gründe für eine ihren Bestrebungen formale aktive Politik des Reiches der Mitte geltend macht, so können auch die Friedensfreunde gewichtige Argumente zu ihren Gunsten anführen, und letztere erfordern ganz geeignet, den Befehrer Hof von übertriebenen Entschlüssen abzuhalten. Die Erfahrungen, welche China mit dem bisherigen Gange der Verhandlungen gemacht hat, sind auch keineswegs so schlecht, daß sie von einer Fortsetzung dieses Verfahrens abhalten sollten — im Gegenteil, Frankreich hat seine Entschlößungsforderungen so bedeutend ermäßigt, daß eine noch weitere Verabhandlung derselben den Chinesen als erstrebenswerthes Ziel vorzwehnet und das Gerücht sogar schon wissen will, eine solche habe bereits stattgefunden. Dem bei aller Energie seines Verfahrens hat doch auch Herr Ferry kein Interesse an der Beendigung des offenen Krieges.

In Belgien ist der Kampf zwischen Liberalismus und Alerikalismus auf das Heftigste entbrannt. Die Spannung hat einen derartig hohen Grad erreicht, daß es das Aufgehoben der unzufriedensten politischen wie militärischen Sicherheitsmaßregeln bedarf, um öffentliche Ruhe hantanzuhalten, deren Ausbruch von den schwerwiegenden Folgen für die Gestaltung der inneren Politik des Landes begleitet sein könnte. Der belgische Liberalismus ist nicht gewillt, ruhig zuzusehen, wie seine liberalen Gegner, und Obfolger bei den jüngsten Wahlen, die Siegesbeute vertheilen und sich an dem Genuße derselben erfreuen. Die







